

Rundbrief des Ausländerbeirates

Nr. 45

08.02.2010



Betreuungsgeld ist ein Rückschritt

Der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg forderte die Kommunalpolitik, die Parteien und die Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) zu einer klaren Stellungnahme gegen das geplante „Betreuungsgeld“ auf. Der Beirat ist der Ansicht, dass die Bundesregierung stattdessen den Kommunen genügend Finanzmittel zum Ausbau der Kindertagesstätten zur Verfügung stellen sollte mit dem Ziel, gebührenfreie bzw. kostengünstige und ausreichende Plätze für alle Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten zur Verfügung zu stellen. Daher schloss sich der Ausländerbeirat dem offenen Brief verschiedener Verbände und Gewerkschaften vom 02.12.2009 an. In der Stellungnahme *„Betreuungsgeld ist ein sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt“* heißt es: „Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- Euro, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden.“ (*Koalitionsvertrag, Kapitel III Sozialer Fortschritt*)

Die Verbände sind sich einig, dass ein Betreuungsgeld grundsätzlich kontraproduktiv ist und fordern daher dessen Streichung aus den Planungen der Regierungskoalition.

1. Wahlfreiheit wird dadurch hergestellt, dass genügend qualitativ hochwertige und gebührenfreie bzw. kostengünstige Ganztagsbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Auch 2013 werden nach gegenwärtigem Stand des Ausbaus nicht ausreichend Kita-Plätze für Unter Dreijährige vorhanden sein. Insbesondere die Tagesbetreuung wird den Bedarf nicht decken.

2. Die Konzeption des Betreuungsgeldes verstößt gegen grundlegende Prinzipien der Elternautonomie: Eine Entscheidung, wie Eltern ihre Kinder betreuen, sollte nicht prämiert, honoriert oder bestraft werden. Genauso wenig darf der Staat über ein Gutscheinsystem andeuten, einkommensarme Eltern könnten nicht verantwortungsbewusst und im Interesse der Kinder haushalten.

3. Populistische Äußerungen in Bezug auf arme Familien mit und ohne Migrationshintergrund sind menschenfeindlich, negieren die Anstrengungen vieler Familien und verhindern deren Förderung und Integration umso mehr. Ein flächendeckendes Angebot an Kita-Plätzen für alle Kinder sowie Angebote der Familienbildung sind der richtige Schritt auch zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

4. Das Betreuungsgeld setzt darüber hinaus auch für Frauen falsche Signale – nämlich nach der Geburt eines Kindes länger aus ihrer Erwerbstätigkeit auszusteigen. So verfestigen sich traditionelle Geschlechterrollen und der Wunsch der Familien auf eine gleichberechtigte Verteilung der Sorge- und Erziehungsaufgaben bleibt unberücksichtigt.

Das Betreuungsgeld widerspricht den Prinzipien einer modernen Gesellschaft in hohem Maße. Es konterkariert die gleichstellungspolitischen, sozialpolitischen und familienpolitischen Ziele, für die sich die Interessenvertretungen seit vielen Jahren einsetzen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung muss höchste Priorität haben. Dabei geht es nicht nur um Plätze für unter Dreijährige, sondern auch um Ganztagsplätze für 3-6-jährige Kinder, die vielerorts noch nicht vorhanden sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen darauf zu konzentrieren und das für das Betreuungsgeld vorgesehene Budget dafür zu verwenden.

Einstimmiger Beschluss des Ausländerbeirates vom 26.01.2010, Antragsteller: Radovan Petrovic

Projekt „NEST – Nürnberger Elternbüro Schulerfolg und Teilhabe“

Der Ausländerbeirat empfiehlt, das Projekt „NEST“ des Pädagogischen Instituts Nürnberg zu fördern. Entsprechende Zuschüsse sollten in 2010 in der zweiten Jahreshälfte gewährleistet werden. Es besteht der Wunsch, dass der zukünftige Nürnberger Integrationsrat sich auch bereit erklärt, dieses Projekt nachhaltig zu unterstützen.

In der Begründung heißt es: Das Elternbüro ist eine Erstinformations- und Kontaktstelle für alle Fragen rund um Schulerfolg und Elternbeteiligung. Das Elternbüro soll insbesondere für Zuwanderinnen und Zuwanderer dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern und Kindern zu pflegen, zu fördern und so Probleme zu lösen. Die darauf abgestimmten Angebote setzen punktgenau am aktuellen Bedarf der Zielgruppe an. Sie verknüpfen vorhandene Angebote durch enge Kooperation mit internen und externen Partnern, führen Beteiligte zusammen bzw. regen zur Entwicklung neuer Unterstützungsmaßnahmen an. Gemeinsam mit Bildungsträgern, Wohlfahrtsverbänden, Ausbildungsstätten und Betrieben werden so praktische Handlungskompetenzen und Handlungsmotivationen geschaffen. Der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg konzentriert sich seit Jahren auf bessere Schulbildung und Förderung von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund und setzt sich ein für das Interesse und den Einbezug der Eltern im Schulgeschehen.

Einstimmiger Beschluss des Ausländerbeirates vom 26.01.2010, Antragstellerin: Andja Skojo

Qualifizierung für Migrantenvereine 2010

Der Ausländerbeirat wird 2010 wieder gemeinsam mit KuF und dem Projekt „gemeinsam engagiert“ (AGABY und Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) das Qualifizierungsprojekt „Vereinspraxis von A bis Z – Basiswissen für eine erfolgreiche Arbeit“, das sich gezielt an Migrantenvereine wendet, durchführen und für die erste Jahreshälfte 2010 Mittel zur Verfügung stellen. In der Begründung steht: Die Fortbildungsreihe dient der Qualifikation der Migrantenvereine und wurde in 2008 und 2009 erfolgreich durchgeführt. Die Teilnehmer der Modulveranstaltungen erhalten eine Qualifikationsbescheinigung. Auf Wunsch der Teilnehmer sollen einige Themen gezielt wiederholt werden.

Einstimmiger Beschluss des Ausländerbeirates vom 26.01.2010, Antragstellerin: Diana Liberova

Fachtagung „Kein Kind darf verloren gehen“ untersucht die Bildungsmisere von Migrantenkindern

Am 12. Februar werden anerkannte Bildungsexperten zur Fachtagung „Kein Kind darf verloren gehen!“ in Nürnberg erwartet. Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien haben es schwerer als andere Gleichaltrige, weiterführende Schulen zu besuchen, sie machen öfter keinen Schul- und Berufsabschluss und sind an den Universitäten unterrepräsentiert. Der Ausländerbeirat und die mit veranstaltenden städtischen Institutionen BZ, Jugendamt und Pädagogisches Institut (PI) sowie die Akademie des CPH stellen sich daher die

Frage, wie faire Bildungschancen für alle zu erreichen sind. Da schon zahlreiche Anmeldungen vorliegen, wird umgehend um Anmeldung beim PI gebeten.

Weitere Infos: Tel. 231-3185

www.auslaenderbeirat.nuernberg.de

Vom Ausländerbeirat zum Integrationsrat

Nach nunmehr fast 37 Jahren und 6 Amtsperioden neigt sich die Ära des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg ihrem Ende zu. Der Nürnberger Ausländerbeirat war bundesweit der 2. gewählte Ausländerbeirat einer bundesdeutschen Großstadt (nach Wiesbaden). Am 21. März wird der neue Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung (Integrationsrat) gewählt, er wird sowohl den Ausländer- als auch den Aussiedlerbeirat ersetzen. Das neue Gremium wird zukünftig die Interessen aller Menschen mit Zuwanderungshintergrund in Nürnberg vertreten (also Ausländer, Aussiedler und Eingebürgerte). Insbesondere soll der Integrationsrat mitwirken, die Lebensverhältnisse der Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungshintergrund zu verbessern und das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu fördern.

Weitere Infos (mit Portraits der Kandidaten/innen): www.integrationsrat.nuernberg.de

Terminhinweise

- Fachtagung „Kein Kind darf verloren gehen!“ 12.02.2010, ab 13 Uhr im CPH, Königstr. 64, Nbg.
- Wahl des Nürnberger Integrationsrates, 21.03.2010, 8:00 Uhr – 18:00, Wahllokale in 11 verschiedenen Stadtteilen
- Sitzung der Integrationskommission, 25.03.2010, 15 Uhr, Rathaus, Nbg. Die Tagesordnung mit Beilagen siehe: <http://iukdxs01.stadt.nuernberg.de/interis/calendar.do> (bitte Gremium und Monat wählen)
- 08.06.2010, 16 Uhr, Rathaus Nürnberg Konstituierende Sitzung des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung

Weitere Infos: www.integration.nuernberg.de und www.nuernberg-interkultur.de

Impressum:

Geschäftsstelle des Ausländerbeirates,
Peter-Vischer-Str. 17, 90403 Nürnberg
Tel. 0911/231-3185, Fax 0911/231-8516
E-Mail: auslaenderbeirat@stadt.nuernberg.de
Internet: www.auslaenderbeirat.nuernberg.de
www.integrationsrat.nuernberg.de
Redaktion: Marija Bakula, Radovan Petrovic,
Friedrich Popp. V.i.S.d.P.: Mario Di Santo, Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg, Peter-Vischer-Str. 17, 90403 Nürnberg